

Wohnen macht Arme noch ärmer

Studie: Miete drückt eine Million Haushalte auf Hartz-IV-Niveau – Politik hat Mangel zu spät erkannt

Von Martina Herzog und Jürgen Petzold

Berlin. Die Miete drückt mehr als eine Million Haushalte in Deutschland unter Hartz-IV-Niveau. Wie aus einer am Donnerstag veröffentlichten Untersuchung im Auftrag des Sozialverbands Deutschland hervorgeht, müssen Ärmere deutlich mehr fürs Wohnen ausgeben als Normalverdiener und Reiche. „Die Mietpreisentwicklung vertieft die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft“, kritisierte Verbandspräsident Adolf Bauer.

Die Hälfte der Miethaushalte in Deutschland wendet der Untersuchung zufolge mindestens 29 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf. Bei Geringverdienern mit weniger als 1300 Euro liegt dieser Anteil bei 46 Prozent. Wer netto mehr als 4500 Euro im Monat zur Verfügung hat, muss nur noch 17 Prozent für das Wohnen ausgeben.

Das Gutachten stützt sich auf Daten aus den Jahren 2014 und 2015. Neuere Zahlen gebe es nur zu Angebotsmieten, also den Mieten, die Vermieter bei einem Umzug fordern, sagte Studienautor Stephan Junker, ein Berliner Sozialwissen-

schaftler. Ausschlaggebend für die Belastung der armen Haushalte seien aber vor allem die Bestandsmieten.

Besonders belastet sind nicht nur Arme, sondern auch Alleinerziehende, Rentner, Menschen mit Migrationshintergrund, mit geringem Bildungsgrad und Singles. Sie alle geben überdurchschnittlich viel für die Miete aus. Unklar sei, ob das allein am Einkommen liege oder ob auch Diskriminierung eine Rolle spiele, sagte Junker. Besonders bei Migrationshintergrund gebe es dafür Hinweise.

Das Hauptproblem ist fehlender Wohnraum. Schätzungen zufolge werden in Deutschland weit mehr als 1,9 Millionen zusätzliche bezahlbare Wohnungen gebraucht. „Die parlamentarische Politik hat das Problem knappen und teuren Wohnraums zu spät erkannt“, heißt es in der Untersuchung. Das führe etwa dazu, dass viele Einkommensschwache zur Untermiete lebten oder in unsicheren, befristeten Verträgen. Das Problem werde, „in Zukunft noch verstärkt Haushalte ohne Wohneigentum betreffen, die ab 2030 in Rente gehen, da unter ihnen eine hohe Rate an Altersarmut zu erwarten ist“.

Bisher war vor allem bekannt, dass kleine Wohnungen für Singles, Rentner oder kleine Familien fehlen. Der Studie zufolge mangelt es aber auch an großen, bezahlbaren Wohnungen. Jeder vierte Haushalt lebe auf zu engem Raum, sagte Studienautor Junker. Kinder müssen sich Zimmer mit mehreren Geschwistern teilen, Eltern im Wohnzimmer schlafen, weil das Geld nicht für mehr reicht.

Das Problem ist je nach Region unterschiedlich ausgeprägt. In Frankfurt geben arme Familien einen deutlich höheren Teil des Einkommens für Miete aus als in Iserlohn in Nordrhein-Westfalen.

Der Sozialverband fordert als Gegenmittel vor allem mehr sozialen Wohnungsbau. Nach derzeitigem Stand will die Bundesregierung die Länder bis 2021 mit mindestens fünf Milliarden Euro unterstützen. Mehr als 100 000 neue Sozialwohnungen sollen entstehen.

Zugleich gingen jedes Jahr Zehntausende Sozialwohnungen verloren, kritisierte der wohnungspolitische Sprecher der Grünen, Chris Kühn. Jan Korte (Linke) erklärte, Mieter müssten wirksam gegen Mietsteigerungen geschützt werden.